

Tarifrunde 2012 für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen

Verdienter Lohn

von Ralf Walz, Mitglied der Großen Tarifkommission der GdP-Bund



„Na also, geht doch!“, möchte man sagen, wenn man das Ergebnis der Tarifrunde 2012 für die Beschäftigten im Bereich des TVöD kommentieren sollte.

Ein Volumen von insgesamt 6,3% (zinsbereinigt sogar 6.42 %) beim Lohnzuwachs bei einer Laufzeit von 24 Monaten (3,5% zum 1. März 2012, 1,4% zum 1. Januar 2013 und 1,4% zum 1. August 2013) ist sicher ein respektables Ergebnis, auch wenn dafür die eine oder andere Kröte geschluckt werden musste. So weigerten sich die öffentlichen Arbeitgeber vehement gegen eine soziale Komponente (Sockelbetrag) und bestanden auf einer Kompensierung des BAG-Urteils vom 20. März 2012, das einen höheren Urlaubsanspruch für die unter 40-jährigen Beschäftigten begründete.

Auch wenn die Beschäftigten der Länder nicht unmittelbar von diesem Verhandlungsergebnis profitieren, ist dieses doch, sowohl von der Höhe des Abschlusses als auch von der Art des Zustandekommens, richtungweisend für die Tarifrunde 2013 im Bereich des TV-L.

Eine selbstbewusst vorgetragene und mit aktuellen Wirtschaftsdaten wie Inflationsrate, Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes, Abstand zur Privatwirtschaft etc. trefflich begründete Forderung von 6,5% Lohnsteigerung bei einer Laufzeit von 12 Monaten und einer Mindesthöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro wurde in beeindruckender Weise vertreten und durch zahlreiche Aktionen wie Warnstreiks und Demonstrationen untermauert. Dieses entschlossene Auftreten der Bediensteten hatte die Arbeitgeberseite doch nachhaltig beeindruckt. Die Weigerung der Arbeitgeber, bereits in der ersten Verhandlungsrunde ein verhandelbares Angebot vorzulegen, führte zu einem Sturm der Entrüstung unter den Beschäftigten, der nach dem Minimalangebot in der zweiten Verhandlungsrunde (3,3 % für 24 Monate) noch deutlich zulegte.

Rund 250.000 Beschäftigte nahmen an Warnstreiks und Demonstrationen teil!



Am 27. März 2012 fand in Saarbrücken ein Warnstreik statt; ca. 6.000 Teilnehmer versammelten sich auf dem Tiflisser Platz in Saarbrücken, Foto: Lothar Schmidt

Einmal mehr zeigte sich, dass nur starke Gewerkschaften und ein geschlossenes Auftreten zum Erfolg führen können. Diese Erkenntnis setzt sich bei immer mehr Beschäftigten durch, wie die deutlich gestiegenen Mitgliederzahlen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst belegen. Auch wir von der GdP haben im Saarland buchstäblich Flagge gezeigt und bei den Demonstrationen u. a. am 5. März vor dem Saarbrücker Rathaus sowie am 27. März auf dem Tblisser Platz durch unsere Präsenz moralische Unterstützung für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen geleistet. Auch wenn wir getrennt verhandeln, sind wir immer noch eine Gemeinschaft, in der jeder den anderen unterstützen sollte. Nur so funktioniert Gewerkschaft.

Obwohl die Arbeitgeberseite mit dem unbedingten Willen zu einer Einigung zur 3. Verhandlungsrunde in Potsdam antrat, war spürbar, wie unterschiedlich die Interessen des Bundes, vertreten durch Bundesinnenminister Friedrich, sowie der VKA, deren Vertreter Böhle sich sogar im Krankenstand nach Potsdam bemühte, waren. Vor diesem Hintergrund deutete es sich früh an, dass ein schnelles Verhandlungsergebnis nicht zu erwarten war. Hinzu kam, dass neben der eigentlichen Forderung nach einer Erhöhung der Entgelte weitere Themen wie die Übernahme von Auszubildenden, die Auswirkungen des BAG-Urteils zum Urlaubsanspruch, der mögliche Abschluss einer Entgeltordnung zum TVöD oder mögliche Kompensationsleistungen bei deren Nichtvereinbarung verhandelt werden

mussten. Es begann ein Verhandlungsmarathon, der nicht nur die Nerven der Verhandlungspartner arg strapazierte. Auch die zahlreich anwesenden Vertreter der Medien wurden zunehmend unruhig und versuchten verzweifelt, irgendwelche Informationen oder zumindest Tendenzen aufzuspinnen.



ver.di-Chef Bsirske im Gespräch mit Roland Voss (GdP-Bundespolizei Saarbrücken); die ARD filmt; Foto: Lothar Schmidt

Für die Vertreter der Tarifkommissionen war ständige Bereitschaft und permanente Anspannung angesagt. Konnte bei der GTK der GdP die Wartezeit zwischen den mehr oder weniger planmäßigen Bekanntgaben der aktuellen Verhandlungsstände durch Bernhard Witthaut, Kerstin Phillip und Dini Körner zunächst noch sinnvoll durch konstruktive Arbeit innerhalb der Arbeitsgruppen der GTK genutzt werden, stellte sich mit zunehmender Verhandlungsdauer eine Mischung aus gespannter Erwartung einerseits und Verärgerung über die Unbeweglichkeit der Arbeitgebervertreter andererseits ein. Leere Kassen auf der einen Seite und „sichere“ Arbeitsplätze auf der anderen sind Argumente, die uns seit Jahrzehnten gebetsmühlenartig vorgetragen werden, die angesichts des Einkommensrückstandes im öffentlichen Dienst und der zunehmenden Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu werben, aber nicht mehr wirklich überzeugen. Ohne den Standortvorteil eines wirklich funktionierenden öffentlichen Dienstes wäre ein gesundes Wirtschaftswachstum in unserem Lande nicht möglich und Deutschlands Rolle als Lokomotive Europas nur eine Wunschvorstellung. Das haben selbst führende Politiker erkannt. Dummerweise saßen diese aber nicht mit am Verhandlungstisch!

Erst in der Nacht des 30. März gegen 23:00 Uhr wurde ein Kompromiss gefunden, der den Mitgliedern der Tarifkommissionen zur Abstimmung vorgelegt werden konnte. Während es bei der Tarifkommission von ver.di ob der fehlenden sozialen Komponente noch lange Diskussionen gab, die beinahe zu einer Ablehnung geführt hätten, stimmte die GTK der GdP der Einigungsempfehlung einstimmig zu.

Das Volumen des Abschlusses bringt selbst in den untersten Entgeltgruppen Zuwächse von mehr als 100 Euro, sodass nach unserer Ansicht ein Sockelbetrag nicht unbedingt vereinbart werden musste. Ein Kompromiss bedeutet Opfer auf beiden Seiten! Ein weiteres „Opfer“ ist die vereinbarte Änderung des § 26 TVöD. Als Konsequenz aus dem BAG-Urteil zur unrechtmäßigen Staffelung des Urlaubsanspruches nach Lebensalter einigte man sich auf einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 29 Tagen für alle Beschäftigten. Erst mit Vollendung des 55. Lebensjahres erhöht sich der Anspruch auf 30 Tage. Hier handelt es sich dann nicht mehr um eine Diskriminierung der Lebensjüngeren. Der zusätzliche Urlaubstag wird mit dem erhöhten Erholungsbedarf der älteren Beschäftigten begründet. Für alle Beschäftigten, die bereits einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen erworben haben, ändert sich nichts! Hier gilt die Wahrung des Besitzstandes.

Umfangreiche Verbesserungen im Bereich der Auszubildenden wie die Erhöhung der Vergütungen, die verbesserten Übernahmemöglichkeiten etc. runden eine Tarifrunde ab, die man als vom Ergebnis her gelungen betrachten kann. Nicht gelungen war das von Arbeitgeberseite wieder einmal praktizierte Ritual, entgegen aller Empfehlungen aus Politik und Wirtschaft zunächst auf Zeit zu spielen und die ersten Verhandlungsrunden mehr oder weniger ungenutzt verstreichen zu lassen. Man hätte sich die „Nachtschichten“ in Potsdam ersparen können.

Natürlich muss dieses Tarifergebnis auch zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen werden.

Ausblick



Eine eindrucksvolle Kulisse vor dem Saarbrücker Staatstheater, als Frank Bsirske spricht; Foto: Roland Voss

Im nächsten Jahr stehen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder an. Vor dem Hintergrund, dass 2013 sowohl der Bundestag als auch die Parlamente in Bayern und Hessen neu gewählt werden, muss es auch unser Ziel sein, mit einer ordentlichen Forderung in die Tarifrunde zu gehen, um den Anschluss an die Kollegen bei Bund, Städten und Gemeinden zu halten. Wie man in einer solchen Tarifrunde bestehen kann, hat die diesjährige Runde gezeigt: Flagge zeigen, mitmachen und die Gewerkschaften, insbesondere unsere GdP, mit einer Mitgliedschaft unterstützen!